Quittung für das Zaudern

BZ-GASTBEITRAG: Wirtschaftsprofessor Oliver Landmann glaubt, dass die Euro-Politik die Abwahl von Schwarz-Gelb verursacht hat

Wer oder was ist dafür verantwortlich, dass die schwarz-gelbe Regierungskoalition von Angela Merkel am Ende ist, obwohl die Bürger an der Wahlurne die parlamentarische Opposition geschwächt haben? Die Antwort lässt sich in einem Wort geben: der Euro. Seit über drei Jahren ist Europa damit beschäftigt, die Krise der Europäischen Währungsunion einzudämmen. Als Griechenland im Mai 2010 am Rande der Zahlungsunfähigkeit stand und bald darauf dasselbe auch in Irland und Portugal drohte, wurden Rettungsschirme aufgespannt und unter klarer Missachtung der Verträge von Maastricht Bürgschaften für Staatsschulden übernommen. Im Gegenzug reist die „Troika" aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds in die Hauptstädte der Krisenstaaten und diktiert den Regierungen dort Reformen und harte Sparauflagen. Nichts geht in der Eurokrisen-Politik gegen den Willen des größten Geldgebers Deutschland.

Der Kurs der deutschen Regierung war von Anfang an eine Gratwanderung zwischen den Erwartungen der europäischen Partner und den Befürchtungen der eigenen deutschen Bürger. Konkret bedeutete dies, den hoch verschuldeten Staaten der Eurozone immer nur gerade so viel zuzugestehen, wie nötig war, um einen Kollaps abzuwenden, aber auch immer nur so wenig und so spät wie möglich, um den Unmut des deutschen Steuerzahlers nicht zu überreizen.

Hieraus resultierte eine Politik der kleinen Schritte, die den Problemen nicht wirklich auf den Grund ging, sondern sie immer nur vor sich her schob. Indem man ein Solvenzproblem, also ein Problem mangelnder Zahlungsfähigkeit, wie ein Liquiditätsproblem behandelte und mit immer neuen „Überbrückungs"-Hilfen vertagte, wurde der Schuldenberg nur größer – und mit ihm die expliziten und impliziten Haftungsrisiken des deutschen Steuerzahlers.

Oliver Landmann

Jeder, der Ohren hat zu hören, vernahm das Rumoren und die Beunruhigung der deutschen Öffentlichkeit über diese Entwicklung. Die Spitzen der deutschen Regierung und der Brüsseler Bürokratie jedoch beschwichtigten. Tenor: Alles wird gut; es braucht nur eisernes Festhalten an Reformen und Sparpolitik, und natürlich Geduld, dann verschwinden die Ungleichgewichte in Europa und erholen sich die Volkswirtschaften der Krisenstaaten wieder. Hat es Deutschland mit seinen eigenen Reformen im letzten Jahrzehnt nicht vorgemacht?

Diese Botschaft war Schönfärberei, der Vergleich mit dem Erfolg der Hartz-Reformen am deutschen Arbeitsmarkt irreführend. Die Diskrepanz zwischen der Euro-Rhetorik, die aus Brüssel und Berlin erschallte, und der Euro-Realität, die von den Medien aus der Peripherie der Eurozone auch in deutsche Wohnstuben transportiert wurde, war der fruchtbare Boden, auf dem die neue „Alternative für Deutschland" (AfD) säen und beinahe ernten konnte.

Deren wenig taugliche, weil rückwärtsgewandte Lösungsvorschläge überzeugten zwar nicht so, dass es für den Einzug in den Bundestag gereicht hätte. Die AfD scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde. Aber die schonungslose, in vielen Punkten zutreffende Kritik an der bisherigen Eurorettungsstrategie sprach doch so viele Wähler an, dass die AfD, die aus allen politischen Lagern Wähler anzog, am konservativen Rand der Union und der FDP jene entscheidenden Zehntelprozente einsammeln konnte, die für das Überleben der FDP als Regierungspartei ebenso fehlten wie der Kanzlerin für eine absolute Mehrheit.

Was bedeutet dies alles für die weitere Euro-Politik? Der Handlungsbedarf ist groß, und die zu lösende Aufgabe ist schwierig. Es geht darum, den Krisenländern eine Wachstumsperspektive zurückzugeben, ohne ihren Reformwillen zu schwächen. Es geht ebenso darum, in zentralen Bereichen der Finanzpolitik und der Finanzmarktorganisation bisher strikt nationale Zuständigkeiten in eine gesamteuropäische Koordination einzubinden, ohne die Entfremdung der Bürger von der Zentrale in Brüssel weiter zu vergrößern.

Populär ist das alles nicht. Aber gerade daher wäre der Zeitpunkt für eine deutsche Regierung, in diesen Fragen das Heft des Handelns entschlossen in die Hand zu nehmen, nie so günstig wie unmittelbar nach der Bundestagswahl. Allerdings wird die Kanzlerin ihr triumphales Wahlergebnis erst einmal als Bestätigung ihrer bisherigen Euro-Politik interpretieren. Ob da ein neuer Juniorpartner in der Regierung für Bewegung sorgen kann?

– Oliver Landmann ist ordentlicher Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg.